

Das Recht.

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Erscheint wöchentlich 6-mal, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag. — Preis für Pressburg: Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.; vierteljährig 2 fl.; Zustellung in's Haus per Monat 18 kr.; einzelne Nummern 4 kr. — Auswärts mit Post bezogen: Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 5 fl. 50 kr.; vierteljährig 2 fl. 75 kr. — In Pressburg abonniert man bei der Administration: **Apponhigasse Nr. 10.** — Auswärtige Abonnenten abonnieren daselbst oder bei den betreffenden Postämtern. Inserate werden bei der Administration des Blattes angenommen und kosten: Die 4-mal gespaltene Petitzeile bei einmaliger Einschaltung 6 kr., bei mehrmaliger entsprechender Rabatt; jedesmalige Stempelgebühr 30 kr. — Zeitungsbestellungen und Zuschriften erbitet man sich frankirt; unversiegelte Reclamationen wegen nicht erhaltener Nummern sind portofrei. Manuscripte werden nicht zurückgestellt. — Redaction: **Biereimgasse Nr. 177.**

Nr. 253.

Freitag 5. November 1875.

IV. Jahrgang.

Pressburg, 4. November.

Nach der Behauptung eines hauptstädtischen Blattes war der dahingehedene Staatssekretär Horn die eigentliche Seele der ministeriellen Zoll- und Handelspolitik, und es wird die Befürchtung ausgesprochen, daß diese zwischen dies- und jenseits schwebende Frage nunmehr auf ungarischer Seite ganz in's Stocken gerathen werde. Wie weit diese Befürchtung eine begründete sei, ist um so schwieriger zu entscheiden, als man von einer Action des ungarischen Ministeriums überhaupt wenig, wenn nicht gar nichts verpöchte. Es ist auch nicht anzunehmen, daß eine besonders lebhaftes Betheiligung an der Entscheidung der erwähnten Frage unbemerkt bisher stattgefunden hätte; denn es würden dann die in das Publikum gedruckenen inspirierten Nachrichten mehr Bewußtheit der Ziele, und eine größere Bestimmtheit und Entschiedenheit der Regierung haben erkennen lassen. Das war eben die allgemeine Klage, auch auf Seite der liberalen Blätter, daß dieselbe Systemlosigkeit und Unbestimmtheit der Ziele auch bei diesem Gegenstand, sowie bei allen übrigen Agenden und Maßregeln der Regierung herrschen. Während in Cisleithanien über Anregung des betreffenden Fachministeriums — so scheint es — eine lebhaftes Agitation selbst im großen Publikum, und nicht nur in den Blättern und industriellen Kreisen eingeleitet wurde, weiß man über die Thätigkeit unserer Regierung in Angelegenheit der Verhandlungen mit Oesterreich auch gegenwärtig nur wenig zu berichten. Dem „P. N.“ geht die vereinzelte Nachricht zu, daß sie in Angelegenheit der Restitution der Verzehrungssteuer auf die Einwendungen des österreichischen Kabinetts mit einem längeren Operate geantwortet hat. Das österr. Ministerium behauptet nämlich, daß diese Frage mit der Quotenfrage zusammenhängt; unter Berufung auf das österreichische Quotengesetz betrachtet die österr. Regierung diese Angelegenheit als für zehn Jahre festgestellt. Die ungarische Regierung gibt diese Behauptung nicht zu und hat in dieser Beziehung mit einem längeren Memorandum geantwortet.

Die Eröffnung des Parlamentes am 4. d., wurde mit einer Conferenz der Regierungspartei am 3. d. eingeleitet, in der ein Antrag zur Verhandlung kam, um dessen Ausnahme der Antragsteller, Géza Mocsáry, das Präsidium des Clubs auf telegraphischem Wege ersuchte. Der Antrag zielt auf nichts Geringeres ab, als daß das Budget der Regierung zurückgegeben werde behufs Umarbeitung in der Richtung, daß das Defizit vollständig daraus verschwinde. Diesen Gefallen wird die liberale Partei dem Antragsteller nicht erweisen.

Das Arbeits-Programm des Reichstages in nächster Zeit wurde in einem am 3. d. abgehaltenen Ministerrathe festgestellt, resp. jene Vorlagen bestimmt, die aus der Reihe der zahlreichen bereits fertigen Gesetzentwürfe dem

Reichstage sofort unterbreitet werden sollen. Auch in dieser Richtung herrscht die so berechtigte Klage, daß die Regierung das zu verarbeitende Material nicht dem wahren Bedürfnisse — den Forderungen der concreten Verhältnisse anzupassen versteht — so daß uns überall die Halbheit entgegenluft.

Unter den ersten Vorlagen befindet sich der Montangesetz-Entwurf, der einem so fühlbaren Bedürfnisse abhelfen soll.

Interessant ist es, von den Erstlingsfrüchten der bisherigen Reformen, speziell auf juristischem Gebiete zu hören. Der Ungvárer Advokatenverein hat nämlich an den Justizminister ein drastisch illustrirendes Telegramm geschickt, in welchem es heißt: „In der hertigen Vereinsitzung wurde constatirt, daß bei dem Ungvárer Bezirksgerichte, das mit der Grundbuchjurisdiction für das ganze Comitatus ausgestattet ist, jetzt aber ebenso wie früher nur zwei Richter hat, in den Eingaben, die bis heute die Zahl von 25,418 erreicht haben, eine Pause in der Erledigungsmöglichkeit eingetreten ist. Wir bitten um sofortige Verfügungen, denn das Uebel ist sehr groß.“

Schöne Dinge, das!

Die Zukunft der Türkei.

I.

V. Das ist evident, daß der Türkei die Existenzfrage gestellt ist. Man wird behufs klarerer Uebersicht wohl thun, sie in zwei Theile zu theilen, wie solches auch unlängst die „Hist. pol. Bl.“ in einem beachtenswerthen Aufsätze thaten, an den wir uns anschließen.

1. Kann in der Türkei der status quo erhalten werden? Diese Frage muß unbedingt mit Nein! beantwortet werden, weil zwei unentbehrliche Elemente eines jeden, resp. des modernen Staates, in rapidem Niedergange begriffen sind: die Menschen und die Finanzen.

Was die Ersteren anbelangt, so ist es bekannt, daß nur die Muhamedaner zum Waffendienste berufen werden, die Rajah dagegen, der man aus sehr naheliegenden Gründen dieses Vertrauen nicht widmet, dafür eine Kopfsteuer zahlen müssen. Es ist jenes aber ein sehr beschwerlicher Vorzug, und nachdem Constantinopel und Bosnien davon befreit sind, Kurdistan und Babylonien sich die Aushebung nicht gefallen lassen, so ruht auf Kleinasien $\frac{3}{4}$ der ganzen Militärlast. Hierdurch ist es dahin gekommen, daß dort in einer großen Zahl von Pachaliks die islamitische Bevölkerung auf die Hälfte ihrer früheren Zahl herabgesunken ist, Hunderte von ehemals türkischen Dörfern jetzt wüst liegen oder ganz von Rajah bewohnt sind. Ähnlich ist der Rückgang der muhamedanischen Einwohnerzahl in der europäischen Türkei. Es leben dort 1,200,000 Osmanen, dagegen 8,600,000 Angehörige anderer Nationalitäten; selbst in der Hauptstadt Constantinopel leben unter 1,075,000

Einwohnern nicht mehr als 480,000 Muhamedaner. Es liegt auf slacher Hand, daß dieser Rückgang in der Bevölkerungsziffer der herrschenden Race das Reich mit unwiderstehlicher Nothwendigkeit, selbst ohne eine äußere oder innere Gewaltthat, der Katastrophe entgegenführt. An eine günstige Aenderung dieser Sachlage aber darf durchaus nicht gedacht werden, da in keiner Weise zu erwarten steht, daß die wirkenden Ursachen ihre Kraft verlieren würden; dagegen werden dieselben noch weitlich verstärkt durch die immer mehr überhand nehmende Sittenverderbniß der höheren Classen und durch die Menschenverluste, welche die unaufhörlichen Aufstände der Rajah den unteren Classen zufügen.

Noch rapider ist der Niedergang der türkischen Finanzen, welcher sich seit 25 Jahren vollzieht. Vor einem Jahre jagte die „Times“: „Wenn der gegenwärtige Plan einer neuen Anleihe ausgeführt wird, dann wird die Türkei in den letzten 12 Jahren, in einer Zeit des Friedens, Schulden im Betrage von 2000 Millionen Gulden contrahirt haben, oder so viel, wie die von Frankreich an Preußen gezahlte Kriegsschuldung beträgt.“ Bis zum Kriegerie vor 20 Jahren war die Türkei das schuldenfreieste Land in Europa, sie hatte fast gar keine Staatsschuld. Im Jahre 1862 aber wurden die türkischen Papiere schon so gehandelt, daß sie 12 bis 20 Percent Zinsen trugen; in Constantinopel selbst galten bald darauf die 6% Obligationen nicht einmal mehr die Hälfte. Im nächsten Jahre kam eine englische Anleihe von 200 Millionen Gulden zu Stande; im folgenden eine Anleihe aus Paris.

Die Zinsenzahlung vermehrte sich binnen Jahresfrist um 30 Millionen Gulden; von dem Kapital floß höchstens die Hälfte in die türkischen Kassen. Zwei Jahre später war wieder ein Defizit von 40 Millionen Gulden vorhanden. 1870 erhellte aus dem Budget, daß von einer Gesamteinnahme von 160 Millionen Gulden 70 Millionen für die Staatsschulden erforderlich seien, und daß nach Abzug der Ausgaben für die Civilliste, das Militär und die Eisenbahnen alle anderen Zweige der Staatsverwaltung sich mit 10 Millionen begnügen mußten. Im heurigen Frühjahr aber gibt ein früherer Lobredner der Türkei, der Engländer Lewis Farley, die Uebersicht: Das regelmäßige Einkommen der Türkei beträgt nicht ganz 180 Millionen Gulden jährlich. Davon nimmt der Sultan 20 Millionen für sich in Anspruch, womit er niemals auslangt. 150 Millionen verzinslichen die Staatsschulden, so daß für sämtliche anderen Staatsausgaben — nichts, aber auch gar nichts übrig bleibt. Daher macht die Pforte fortwährend neue Anleihen und die Schulden wachsen in riesigem Maßstabe. In den 20 Jahren von 1854 bis 1874 hat die Türkei 13 verschiedene Anleihen im Gesamtbetrage von 1624,000,000 fl. aufgenommen. Davon fallen auf die 11 Jahre von 1854 bis 1865 nur 370, dagegen auf die 5

Jahre von 1869 bis 1874 volle 890 Millionen. Im Jahre 1858 konnte die Türkei noch eine Anleihe mit 85% emittiren; 1865 sank der Kurs auf 72, 1873 auf 58 1/2%. Heute muß die Pforte für Anleihen auf kurze Frist 18% Zinsen geben, und der Kurs, der am 1. October 1874 noch auf 51 stand, bezifferte sich auf 37 1/2 unmitttelbar vor den neuesten Finanzmaßregeln, welche den halben Staatsbankerott enthalten.

Was diese Zahlen an Menschen und Geld bedeuten, darüber braucht kaum noch ein Wort hinzugefügt zu werden; sie beantworten die Frage: ob der derzeitige Status quo in der Türkei haltbar ist? mit einem unwiderleglichen Nein.

Politische Uebersicht.

Bresburg, 4. November.

In Oesterreich fand am 3. November die 143. Sitzung des Abgeordnetenhauses unter ziemlich schwacher Theilnahme der Mitglieder und noch schwächerer des Publikums statt, obgleich „eventuell“ der Wildauer'sche Antrag, dieses Schmerzenskind der „Verfassungstreuen“ und enfant terrible des Ministeriums, auf der Tagesordnung stand. Zur Verteilung gelangte das Gesetz, betreffend den Bau neuer Eisenbahnen. Auf der Tagesordnung stand als erster Gegenstand die Wahl eines Mitgliedes in den Steuerreform-Ausschuß, dessen Verhandlungen viel stürmischer sein sollen, als die tendenziös zugestufte Berichte der „Reichsraths-Correspondenz“ ahnen lassen. Hierauf wurde die Specialberathung über das Gendarmeriegesetz fortgesetzt.

Die Scene zwischen dem czechisch-mährischen Abgeordneten Fanderlik und dem Minister Lasser in der 142. Sitzung des Abgeordnetenhauses, die wir in Nr. 251 d. „N.“ kurz erwähnten, war, wie wir aus dem stenographischen Protocoll erleben, viel drastischer, scharfer und packender, als die Blätter sie nach dem abgeschwächten Berichte der „N.-N.-C.“ schilderte. Minister Lasser sagte nämlich mit Bezug darauf, daß Dr. Fanderlik die Gensdarmen als „Schergen“ bezeichnet hatte, u. A.: „Es wäre unklug, zu hoffen, daß eine solche Aeußerung einen guten Eindruck auf die Gensdarmen mache; gewiß wird es nicht der Eindruck des Abwiderens sein, eher vielleicht der Eindruck, daß desto mehr auch der Gendarm in die Opposition gegen Ihre Opposition getrieben wird.“ Darauf entgegnete Dr. Fanderlik: „Ich muß es der Erwägung des hohen Hauses überlassen, ob es sich geziemt, ob es diesem hohen Hause und dem Lande, von welchem ich gesprochen habe, angemessen, ja, ob es anständig ist (lebhafter Widerspruch links — Beifall rechts), in einer nicht näher zu bezeichnenden Weise die Gensdarmen gegen die Bevölkerung, gegen mich, gegen unsere Partei zu heizen.“ (lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts — anhaltende Bewegung und Widerspruch links.)

Das österreichische Ministerium wird, wie es scheint, von seinem eigenen Pressbureau gewarnt, mit der Verfassungspartei zu brechen. Das Kabinet Auersperg-Lasser zeige einen stark hypochondrischen Zug, schreibt ein Correspondent der „N. Ztg.“ und warnt die Regierung, die Harmonie zwischen ihr und dem Parlamente selbst zu zerstören, was sie thäte, wenn sich die Abstimmungsresultate wie in der vorletzten Reichsrathsitzung wiederholen würden, in welcher sie die Unterstellung der Gensdarmen unter das Landesvertheidigungsministerium nur mit Hilfe der Rechtspartei durchsetzte. Noch einige solche Erfolge und die Stellung der Regierung könnte gefährdet werden und der Abfall der Verfassungspartei von dem Kabinet könnte sich um so rascher vollziehen, als in den wirtschaftlichen Fragen nicht nur die Meinungen der Regierung und der Parlamentsmehrheit, was die wichtigsten Angelegenheiten anbelangt, auseinandergehen, sondern, wenn heute im Abstimmungswege ein Urtheil über die wirtschaftliche Thätigkeit des Ministeriums provocirt werden sollte, dieses in sehr bedenklicher Weise ausfallen würde.

Der Artikel des „St. Petersburger Regierungsanzeigers“ hat die Discussion über die

orientalische Frage wieder neu belebt und neues Mißtrauen gegen Rußland geweckt, welches zwar, seit der Wortlaut des Artikels bekannt ist, welcher minder schroff als der telegraphische Auszug, sich wieder etwas verringert hat, aber noch keineswegs verschwunden ist. Eine leise Verstimmung gegen Rußland gibt sich in den österreichischen officiellen Organen noch immer kund.

In Wien fanden dieser Tage im auswärtigen Amte Besprechungen über die russischen Reformen statt, an welchen der russische und der deutsche Botschafter und ein Stellvertreter des Grafen Andrássy theilnahmen. Ein wohlunterrichteter Correspondent der „Schles. Ztg.“ theilt über diese Besprechungen folgendes mit: „Gegenstand der Besprechung war die orientalische Angelegenheit, in welcher, da der Vorschlag des britischen Cabinets betreffs einer gemeinsamen Conferenz aller Vertragsmächte vom Jahre 1856 bei den drei verbündeten Nordstaaten keinen Anklang finden konnte, anderweitige Verständigungen über die zu unternehmenden Schritte notwendig erscheinen. Ueber ein einheitliches Vorgehen der Nordmächte waren die Berathenden im Vorhinein einer Ansicht, und so handelte es sich bloß um die Form, in der dasselbe statzufinden hätte. Es wurden zwei Ideen angeregt, und zwar: eine identische Note oder eine Kollektivnote der Drei-Kaiser-Staaten. Obgleich ein definitiver Beschluß hierüber noch nicht gefaßt wurde, so ist man doch über den Zweck der Action im Reinen. Derselbe geht dahin, die Garantien zu präzisiren, welche für die wirkliche Ausführung der von allen Seiten als höchst notwendig erkannten Reformen im Oriente zu leisten wären. Kurz nach dem Ende der Besprechung ging vom auswärtigen Amte an den Grafen Andrássy ein telegraphischer Bericht ab, und man glaubt, daß weitere Berathungen demnächst stattfinden werden.“

Auch die „Times“ lassen sich jetzt über den Artikel des russischen „Regierungsanzeigers“ vernehmen und meinen, daß Rußland damit neuerdings seine Diktatur über den Orient proklamire. Eine Wiener Correspondenz der „National-Ztg.“ behauptet, daß die freundschaftlichen Aeußerungen, welche Herr von Nowikoff für Oesterreich stets vorrätzig hat, im Widerspruch stünden mit der Action und den Aeußerungen des Generals Ignatieff. Es sei hohe Zeit, daß Oesterreich einiges Mißtrauen gegenüber der russischen Diplomatie an den Tag lege. Noch mehr an der Zeit wäre unseres Erachtens „einiges Mißtrauen“ gegen Preußen.)

Die „Fr. Corr.“ schreibt unter dem ersten November: In Paris war heute das gewiß aus der Last geprüfte Gerücht verbreitet, der Brand des Panzerschiffes „Magenta“ sei von böswilliger Hand angelegt worden, und sei ein Akt politischer Rache, welchen fanatische Bonapartisten — natürlich spricht man von Korjen — für Abiegung des Admirals La Roncière le Noury genommen hätten. Immerhin wird es nicht überflüssig sein, daß das Resultat der, wie man meldet, sofort eingeleiteten kriegsgerichtlichen Untersuchung so bald als möglich an die Öffentlichkeit gebracht werde. Einstweilen wird offiziell auf Grund eines gestern früh abgehaltenen Appells erklärt, daß von der Mannschaft Niemand getödtet worden ist oder vermißt wird. Der Herstellungswerth der „Magenta“ soll sich auf circa zehn Millionen Gulden belaufen; doch sollte das Schiff bekanntlich nach 15jährigem Dienste eben ausrangirt werden und man glaubt nicht, daß es im Verkauf mehr als 600,000 Francs eingetragen hätte. Es war nur mit zehn, allerdings 24 Centimeter dicken Geschützen ausgerüstet, die man noch aus dem Meeresgrund hervorzuholen hofft. Es ist dies der erste Fall eines Schiffbrandes in der französischen Marine.

Unsere moderne Jugendbildung.

Budapest, 27. October.

(Schluß.)

Es kommt vor, daß Schüler der Mittelschulen galante Abenteuer ihrer Professoren zum Gegenstande ihrer Gespräche und Witze machen und mitunter durch Zeichnungen illustriren. Umsonst fragt man sich jedoch, was denn eine große Anzahl von

Pädagogen thut, um durch die That auf die ihnen untergebene Jugend vortheilhaft einzuwirken? Nur hie und da, aber selten, bemerkt man einen besser gesinnten Lehrer, der seiner Christenpflicht nachgeht. Aber er muß es heimlich thun, sonst feinden ihn seine liberalen Kollegen als einen Pfaffenknecht an. Die Weissten sehen Jahr aus Jahr ein kein Gotteshaus im Innern. Von einem Empfange der hl. Sakramente ist schon gar nicht die Rede.

Ist schon die religiöse Bildung der Jugend in der Schule selbst so übel bestellt, so gibt es sehr wenige Häuser, wo man diesem Mangel ein wenig abhilft. Viele Kinder gestehen es offen, daß sie daheim niemals beten, daß sie nie dazu angehalten werden. Es ist ferner eine betrübende Thatsache, daß die Zahl jener Kinder, die an Sonn- und Feiertagen die Kirche besuchen, verschwindend klein ist. Selbst dem vorgezeichneten, im Jahre zweimal stattfindenden Empfange der hl. Sakramente entziehen sich Manche. Dafür läßt man aber die Kinder an Unterhaltungen, die für so junges Volk noch lange nicht passen, theilnehmen. Knirpse von 9—12 Jahren sieht man auf öffentlichen Tanzunterhaltungen ganz ernst mitthun. In Theatern ist die unreife Jugend sehr zahlreich vertreten, ja es scheint sogar Mode zu werden, sowohl bei häuslichen Dilettanten-Vorstellungen, sowie auch öffentlichen Kinder aufzutreten zu lassen, denen Rollen zugetheilt werden, welche nichts weniger als kindlich sind. Aber das gefällt, darüber ergötzt man sich, wenn ein Kind so recht neckisch und schelmisch ein Liebesthema wie ein Sachverständiges bespricht oder besingt, sowie mancher Papa im seligen Entzücken sein Söhnlein beobachtet, das im Wirthshause mit ihm bis in die späte Nacht standhält und mit bewunderungswürdiger Virtuosität eine ziemlich Portion Wein mit einem Zuge unterbringen kann.

Schule und Haus bieten demnach der Jugend in wenigen Fällen eine religiös-sittliche Bildung. Und wie viele verderbliche Stoffe findet das kindliche Gemüth außer diesen beiden Orten in einer Stadt, wo die Corruption bereits das Stadium der Unerhörtheit erreicht hat. Um nicht von Orten zu sprechen, welche unsere jungen Leute aus Leichtsinne oder aus Hang zum Bösen zu ihrem Verderben aufsuchen, um dazwischen Zeit und Geld und zumeist auch die Gesundheit auf's Spiel zu setzen, so haben sogar solche Orte, an denen die studierende Jugend im Interesse des Studiums zu thun hat, gar Manches, was die guten Sitten beeinträchtigt. Welche Bilder muß man oft in den Schaufenstern von Buchhandlungen erblicken! Ein ordentlicher Mensch kann vor einem solchen Fenster gar nicht stehen bleiben, um sich darin nach den neuesten Erscheinungen der Literatur umzusehen, die aber auch nicht selten sehr anrüchigen Inhaltes und Aeußerungen sind. Ich kenne ferner einen Laden, wo selbst man Schreib- und Zeichenrequisiten, aber auch schamlose Bilder verkauft. Solche Bilder gelangen der Jugend in die Hände, werden in die Schule mitgenommen und dazwischen während des Unterrichtes herumgereicht.

Wohin es übrigens mit unserer, von so vielen und mannigfaltigen Gelegenheiten zum Bösen umgebenen Jugend oft schon sehr frühzeitig kommt, das zeigen uns viele Skelette jugendlicher Greise, die uns auf den Boulevards und anderen öffentlichen Plätzen der Hauptstadt begegnen und von denen man in den Spelunken der von unserer Polizei so sehr ignoirten ordinärsten Sorte eine bedeutende Anzahl vorfinden kann.

Man sucht doch sonst so ängstlich Alles aufzubieten, um den Gesundheitszustand der Bevölkerung in möglichst günstige Lage zu versetzen. Man weiß diesbezüglich allerlei Rathschläge und greift zu allerlei Mitteln, womit man den Sanitätszustand heben will. Selbst die Friedhöfe wollen Viele castiren und die Leichen der Verstorbenen verbrennen, in der Meinung, daß dadurch eine Gefahr für die Gesundheit der Lebenden abgewendet werde. Indessen duldet man so viel, was Geist und Körper der Jugend gründlich verpestet und verdirbt, deren geistige und körperliche Kraft lähmt und sie einem frühen Untergange entgegenführt.

Tagesneuigkeiten.

* (Königliche Spende.) Se. Majestät hat zu Gunsten der Abgebrannten der Gemeinde

Bogyóskő des Oedenburger Comitates 800 fl., der Gemeinde Tamási 400 fl., der Gemeinde Arpás 300 fl., zusammen eine Unterstützung von 1500 fl. aus der a. h. Privatchatulle zu spenden geruht.

* Das Ableben Eduard Horn's) erregt in allen Kreisen der Hauptstadt die lebhafteste Trauer. Sämmtliche hauptstädtische Journale widmen dem Verschiedenen warme Nekrologe. Moriz Bokai, dessen „Hon“ mit schwarzem Trauerrand erschien, gibt in einem von ihm gezeichneten Artikel, an erster Stelle seines Schmerzes über den Verlust seines Freundes Horn, den er einen der beständigsten Staatsmänner Ungarns nennt, Ausdruck. Während der drei Wochen, welche Horn im Krankenbette lag, litt er die qualvollsten Schmerzen. Die einzigen Linderungsmittel, welche er anfänglich genoss, waren Eis und geistiger Champagner. In der letzten Zeit vertrat er auch dies nicht mehr. Erst am 1. d. Abends überkam ihn die erste Todesahnung, denn er äußerte zu einem seiner zwei Brüder, die aus der Ferne an sein Krankenbett herbeigeeilt waren, er fühle ein Absterben der Füße und nun glaubte er heinahe, daß er bald sterben werde. Gestern Mittag war aber diese Ahnung bei ihm schon zur Gewißheit geworden. Denn als der Hausarzt ihm wieder mittelst Medikamenten einige Erleichterung gewähren wollte, und die Familie dies mit dem Hinweis, daß diese dem Kranken nur Beschwerden verursachten, abwehrte, sagte Horn: „Ich bin so verloren und so verloren, gebt mir also die Medizin, denn sie verschafft mir doch Erleichterung.“ Um vier Uhr trat die Agonie ein und um viertel fünf Uhr war er eine Leiche. „Verdu“ war sein letztes Wort. Der in Petersburg wohnende Bruder des Verbliebenen, der bekannte Redacteur der „Petersburger Ztg.“, war selber durch Krankheit verhindert, an's Sterbebett seines Bruders zu eilen. An mehreren öffentlichen Gebäuden, wie am Abgeordnetenhaus, am Handelsministerium, am „Klublokale der liberalen Partei“ sind Trauerfahnen ausgesteckt. Das Leichenbegängniß Eduard Horn's findet Sonntag Nachmittags statt. Der Verstorbene hieß eigentlich Ignaz Eichhorn, wurde in W.-Neustadt von jüdischen Eltern geboren, und feierte am 25. Sept. l. J. seinen 50. Geburtstag. Im Jahre 1848 flüchtete er vor dem in Budapest einziehenden Windischgrätz. Er ging nach Leipzig, Brüssel und Paris, wo er schriftstellerte. Im J. 1869 kam er nach Ungarn und wurde in Preßburg mit Begeisterung für den im Auslande errungenen Namen und für die ihm nachgerühmten Fähigkeiten zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Unter dem gegenwärtigen Ministerium wurde er Staatssekretär im Handelsministerium, — welche Stelle er nur 6 Monate bekleidete. Horn's Name hatte im liberalen Lager einen guten Klang als der eines gründlich gebildeten Nationalöconomen und Publizisten.

* Untergang eines Panzerschiffes.) Das französische Mittelmeergeschwader erlitt im Hafen von Toulon durch den Untergang des Panzer-Admiralschiffes „Magenta“ einen harten Verlust. Ein Touloner Blatt, die „Sentinelle du Midi“, schildert die Katastrophe wie folgt: Toulon ist am 31. October Zeuge eines furchtbaren Unglücks gewesen; die „Magenta“, eines unserer herrlichsten Panzerschiffe, welches erst gestern in unseren Hafen eingelaufen war, ist heute Nachts ein Raub der Flammen geworden. Das Feuer ist, wie es heißt, zwischen 12 und 1 Uhr Nachts in der Schiffsküche ausgebrochen; aller Anstrengungen ungeachtet konnte dem Elemente nicht Einhalt gethan werden, und vier Stunden genüigten, um nichts von diesem herrlichen Schiffe übrig zu lassen, welches noch gestern so stolz an der Spitze unseres Evolutionsgeschwaders segelte. Um 3 Uhr 35 Minuten hörte man einen furchtbaren Knall: die Flammen hatten die Pulverkammer erreicht, und ein Regen von Feuer, von Geschossen, von Trümmern aller Art fiel auf den Theil des Mourillon-Viertels nieder, welcher zwischen der Rhede und der Grosse-Tour gelegen ist. Der große Platz des Polygons war mit verholzten Holzstücken, verbrannten Papieren und Kleiderstücken überjätet; wir sahen dort sogar einen ungeheuren Panzernagel, der von der Hitze gekrümmt war und noch brannte. Eine Panzerplatte war bis auf den Boulevard de la Rivière, zwischen dem Arsenalthor und der See-Artillerie-Kaserne, geschleudert und wenigstens 50

Centimeter tief in das Pflaster eingekelt worden. In Folge der Explosion war die Stadt mit einem Schlege in die tiefste Dunkelheit gehüllt; nicht eine Gasflamme blieb brennen. Diese Katastrophe war für Toulon selbst von verheerender Wirkung: im Hafen sind in den Gewölben, den Cafés und Privatwohnungen alle Spiegel und Fenster zertrümmert worden; die Auslagen der Läden stehen jetzt unter dem Schutze von Schildwachen. In der ganzen Stadt ist vielleicht nicht ein einziges Haus verschont geblieben; der Handelshafen und das Mourillon haben besonders gelitten, Fenster und Thüren wurden dort zertrümmert, Fensterläden auf die Straße geschleudert. Vor 4 Uhr war die ganze Stadt und die Vorstädte auf den Beinen, und von den Kais genos die Menge tief ergriffen das schrecklich schöne Schauspiel des Brandes. In diesem Augenblicke (4 Uhr Morgens) ist von dem ganzen großen Schiffe nur noch ein Stummel des Heckmastes sichtbar.

Generalversammlung des Preßburger städt. Municipal-Ausschusses

am 2. und 3. November.

Als 1. Gegenstand an der Tagesordnung der vom Obergepan Grafen Esterházy eröffneten Sitzung stand die Wahl des ersten Magistrats-rathes, dessen Stelle durch die Wahl des Bürgermeisters in der Person des Herrn Gottl in Erledigung kam.

Die Bewerber waren: Herr Karl Mergl, Obernotar, und Gerichtsrath August Norgauer. Aus der auf den 3. November aufgeschobenen Wahl ging Herr Obernotar Karl Mergl hervor.

Herr v. Tiffa notifizirt seine Ernennung zum Ministerpräsidenten, aus welchem Anlaß die Abendung einer Vertrauensadresse beschlossen wird.

Der Erlaß des Ministeriums des Innern, mit welchem die Gleichstellung der Gehalte der Realschulprofessoren mit denen der Professoren an den Mittelschulen genehmigt wird, wurde zur Kenntniß genommen.

Der Antrag des Repräsentanten Victor von Scharizer, daß die Rechtssection zur Sicherung eines gesetzlichen Vorganges bei Besetzung erledigter Beamtenstellen ein Gutachten abgebe: Ob der §. 68 des Municipalgesetzes v. J. 1870 verbietet: die Bestimmung eines Schlußtermins in die Konkursausreibungen zur Besetzung von erledigten Beamtenstellen einzuschließen; ob obiger Gesetzesparagraphe eine Verfügung enthalte, daß der Kandidations-Ausschuß nur in derselben General-Versammlung, in welcher die Besetzung der erledigten Stelle zu erfolgen hat, gewählt werden könne und auch nur in derselben zu fungiren habe; ob in dem erwähnten Paragraphe die Andeutung vorkomme, daß die Vitzsteller sich an den Kandidationsauschuß zu wenden haben, wird der Rechtssection zugewiesen.

Die öffentliche Arbeit sollte nach dem Antrage des Magistrates auf Grund eines neuerlichen Ministerial-Erlasses derart abgelöst werden, daß im Jahre 1876 für eine zweispännige Tagelohn 3 fl., für eine einpännige 1 fl. 80 kr., für einen Handtag 60 kr. gerechnet werden.

Repräsentant v. Jeseňky spricht für die Beibehaltung des bisherigen Modus, demgemäß auch ferner die Robot mit der allgemeinen Steuer bestritten werden soll. Dieser Antrag dringt mit einem Amendement des Obernotars Mergl durch; es wird somit neuerlich an das Ministerium remonstrirt und es werden bis zur Erledigung der Demonstration die Vorarbeiten für die Einhebung der öffentlichen Arbeitsleistung oder deren Ablösungsgelder getroffen.

Die Sperrstunde wird für die Sommer- und Wintermonate auf 10 Uhr Nachts festgesetzt.

An die ungarische historische Gesellschaft wird über Antrag des Repr. v. Rakovský eine Einladung gerichtet, im Jahre 1877 ihre Versammlung in Preßburg abzuhalten.

In Angelegenheit der famosen Verzehrungssteuerpachtung wünscht das Ministerium eine umständliche Aufklärung; die Centralsection beantragt, die Acten und den aufklärenden Bericht vorzulegen, zugleich aber ein Befremden darüber auszusprechen, daß das Ministerium der Auffassung

huldige, als würden die Einnahmen aus dem Pachte ohne Bewilligung der Repräsentanz verwendet worden sein. (!) — Dieser Antrag wird angenommen.

Das Theatercomité wird über die acht Concurrenten um das städt. Theater erst in der nächsten Generalversammlung berichten. — Die Instruction für das Theatercomité wird vorgelegt und en bloc angenommen.

Der vom Repr. v. Scharizer schon am 6. Sept. gestellte Antrag, es möge für die Kassagebahrung und für das Rechnungswesen eine gehörige Instruction ausgearbeitet werden, wird dem Central- und Finanzsectionsbeschlusse gemäß dahin erledigt, daß der Magistrat beauftragt wird, bis Neujahr 1876 die im §. 73 des Statutes vorgezeichnete Instruction für den Buchhalter, sowie die im §. 126 des 18 G.-A. v. J. 1871 angeordnete Instruction für das Kassa- und Rechnungswesen auszuarbeiten, und, nachdem der 35. G.-A. v. J. 1875 solche Verfügungen enthält, wodurch mehrere Punkte des bestehenden Organisations-Statuts eine Abänderung erleiden, sei bei der diesfalls zu treffenden Bestimmung auch die dem bezogenen Gesetze entsprechende Modifizierung des Organisationsstatuts mit aufzunehmen. Zugleich wird beschlossen, ex pleno eine aus sieben Mitgliedern bestehende Commission ad hoc zu wählen, welche die vom Magistrate ausgearbeiteten Instruktionen zu überprüfen und der Generalversammlung darüber Bericht zu erstatten habe. In die Commission wurden gewählt: Th. Edl, E. T. Mihályi, Dr. Deutsch, K. Reifidler, Adolf Wimmer, Julius Simonji und Karl Laban.

Die dem 1. Magistratsrath für die Leitung der Verzehrungssteuer-Angelegenheiten bewilligte Funktionszulage von 600 fl. wird fixirt.

Den im Sinne der neuen gesetzlichen Bestimmungen fungirenden Gerichtszustellern Kramer und Schmidt wird eine Zulage von monatlichen 10 fl. bewilligt.

Der 1876er Gemeindevoranschlag wird in Druck gelegt und an die Repräsentanten vertheilt werden.

Die Humanitassection berichtet über die erfolgte Constituirung der Volksküchen-Commission, wobei zum Obmanne der Commission Repr. Fried. Heinrich, zum Director Dr. G. Kováts, zum Dekonom Philipp Stern, zum Cassier Ant. Artnar, zum Controlor Dr. Koch, zum Schriftführer Karl Koller gewählt wurden. — Wird zur Kenntniß genommen.

Obmann der Volksküchen-Commission, Fried. Heinrich, ladet das Präsidium und die Repräsentanten zu der am 4. d., Mittags 12 Uhr, stattfindenden Eröffnung der I. Preßburger Volksküche ein.

Ein Theil der Größlinggasse wird im Frühjahr von dem Pionier-Bataillon gegen Befestigung des Materials unentgeltlich gepflastert werden.

Eingekendet.

„Die Verpflegung an der Landeshebammenchule ist vom 1. Juli l. J. unentgeltlich.“

Mit dem 1. Juli l. J. ist das Gesetz über die Befreiung der Verpflegskosten in den öffentlichen Krankenanstalten in's Leben getreten. Laut dem 4. §. des Gesetzes vom 1. Juli l. J. finden die sämmtlichen Pflinglinge der Hebammenchule eine gänzlich freie Aufnahme und Verpflegung dajelbst, indem für dieselben die Verpflegskosten vom hohen Aerar bestritten werden.

Die vor dem 1. Juli übliche Erforschung der Identität und Zuständigkeit behufs Eintreibung der Verpflegskosten hat demnach seit 1. Juli aufgehört.

Im Allgemeinen wird die Landeshebammenchule viel zu wenig vom Publikum benützt, so mannigfaltige Vortheile sie auch den leidenden Frauen darbietet. Wie viele arme, eheliche Frauen setzen nicht Gesundheit und Leben auf das Spiel, indem sie zu Hause unter den ungünstigsten Verhältnissen fern von geburtsärztlicher Hilfe und ohne die so nöthige Pflege und Wartung, gequält von den alltäglichen Sorgen des Haushaltes, niederkommen, während ihnen alle zweckdienliche Bequemlichkeit und Hilfe in der Landeshebammenchule geboten wird.

Man hat im Publikum in Betreff der Landeshebammenchule nur die eine Aufgabe, die des dort

